

Deutschlandpolitische Grundhaltungen in Ost und West – ein Überblick

von Michael Hilmer, Felix Kemmer, Tatjana Langolf, Anna Lindner

Grundhaltungen in der Bundesrepublik

- Ablehnung des DDR-Regimes wegen fehlender demokratischer Legitimation
- Erhebung des Alleinvertretungsanspruches für Gesamtdeutschland durch BRD
 - Außenpolitisch umgesetzt durch die Hallstein-Doktrin im Jahr 1955
(Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch dritte Staaten zieht den Abbruch diplomatischer Beziehungen mit der BRD nach sich)
- Nach dem Mauerbau Förderung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit der DDR als Voraussetzung für spätere Verhandlungen
 - "Alleinvertretung ohne Bevormundung"
- Neue Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition (SPD/FDP) als Reaktion auf die Entspannung der internationalen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion seit 1970
 - Grundlagenvertrag von 1972:
 - Die DDR wird als zweiter deutscher Staat akzeptiert, jedoch nicht völkerrechtlich als Ausland anerkannt
 - Übergang vom Alleinvertretungsanspruch zur Gleichberechtigung
 - Aufgeben der Hallstein-Doktrin
- Äußerungen zur DDR von Helmut Kohl (CDU):
 - Unfreiheit und fehlende Durchsetzung der Menschenrechte
 - "Deutsche Frage" sei offen, eine deutsche Einheit ist nur in Freiheit denkbar

Grundhaltungen in der DDR

- Seit 1949 war deutschlandpolitisches Denken der SED widersprüchlich
 - Einerseits Bekennen zur Wiedervereinigung, wobei DDR als „deutsches Kerngebiet“ in einem demokratischen Deutschland galt, welches laut SED kommunistisch sein sollte
- Otto Grotewohl, designierter Ministerpräsident, im Jahre 1949: „Das eigentliche Deutschland [ist] die sowjetische Besatzungszone“
- Durch Manifestation des östlichen Kommunismus scharfe Abgrenzung → Spaltung Deutschlands
- Mauerbau 1961: gänzliche Abschottung
- 1967: Vereinigung „nicht real“ (Ulbricht)
- Ostberliner Regierung sieht Teilung Deutschlands als endgültig an → keine völkerrechtlichen Beziehungen zur BRD
- 1973: Gemeinsame Aufnahme der BRD und DDR in die UNO
 - Gleichberechtigung der DDR bei internationalen Konferenzen
 - Eintritt in internationale Staatenwelt war gelungen

Die SED und die „deutsche Nation“

- Wollte keine Entspannung und „Normalisierung“ und somit keine Annäherungen der deutschen Teilstaaten
 - Entfernung des Bekenntnisses zur deutschen Nation aus der Verfassung 1974
 - Umbenennung bei Namen und Bezeichnungen in denen „deutsch“ vorkommt
 - Entfernung des Stichwortes „Deutschland“ aus der zweiten Ausgabe von „Meyers Neuem Lexikon“ und 1978 Definition, in der sich die DDR stark von der BRD abgrenzt
 - die DDR–Nationalhymne wurde seit 1974 weder gesungen noch gedruckt wegen Textzeile: „Deutschland, einig Vaterland“
- Antinationale Propaganda scheiterte, was sich durch die Wiedervereinigung zeigte

Willy Brandt über die deutschlandpolitische Position der BRD

Rede des Bundeskanzlers am 28. Januar 1971 vor dem deutschen Bundestag:

- Fragen, die durch das nationalsozialistische Regime aufgeworfen wurden, nur durch den europäischen Frieden beantwortbar
- Die Deutschen haben ein Recht auf Selbstbestimmung
- Der Begriff der Nation hält die BRD und die DDR zusammen; deshalb kann es nur ein deutsches Land geben
- Durch Begriffe wie „sozialistischer Staat deutscher Nation“ und „sozialistischen deutschen Nationalstaat“ wird ein Fortbestand der einen Nation bestätigt und abgestritten
- Gespräche auf solch einer Basis sind schwierig, zumal
 - die SED-Führung behauptet, es gebe keine besonderen Beziehungen zwischen der BRD und der DDR und
 - sich diese das Recht herausnimmt, sich in die inneren Angelegenheiten der BRD einzumischen
- Sieht die Freiheitsrechte des Grundgesetzes nicht als formale Begriffe wie in Ostdeutschland
- Stimmt Ulbricht zu, dass eine Vermischung der zwei Ideologien nicht möglich sei; sagt aber, dass die deutschen Staaten zeigen könnten, dass eine friedliche Koexistenz erreichbar ist
- Nation als eine Frage von Bewusstsein und Wille; dadurch Ausdruck der Polemik im Osten
- Die Kompetenzen der Vier Mächte sei kein Hindernis, miteinander Abkommen zu schließen
- Die SED-Führung sieht zwar die Bemühungen eines friedlichen Nebeneinanders als negativ an, man lasse sich aber davon nicht beeindrucken und versuche weiterhin eine Lösung zu finden

Quelle

- Forum Geschichte 11 – Bayern, Cornelsen Verlag, Berlin 2009, 1. Auflage, S. 292-295